

# Der dicke Brocken kommt erst

## Staatsanwaltschaft Verhärtete Fronten in der Debatte um die Aufsicht

VON BOJAN STULA

Es ist ein persönlicher Konflikt, es ist ein strukturelles Problem. Die Fachkommission ist schuld an der Eskalation, die Staatsanwaltschaft ist schuld an der Eskalation. Die Staatsanwaltschaft leistet gute Arbeit, die Staatsanwaltschaft leistet miserable Arbeit. Die Fachkommission schikaniert mit ihrer Kontrolltätigkeit, die Fachkommission tut nur hartnäckig ihre Pflicht.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich schon seit Jahren das parlamentarische Leiden unter den verhärteten Fronten zwischen der Baselbieter Strafverfolgungsbehörde und ihrem Aufsichtsorgan (bz von gestern). Je nach persönlichem Standpunkt und Informationsstand der einzelnen Landrätinnen und Landräte fliesst der eine oder andere Argumentationsstrang in die Diskussion ein. Das war auch gestern so, als im Parlament um den Aufsichtsbericht für die Periode 2014/15 gestritten wurde. Übergreifende Einigkeit herrschte nur in einem Punkt: So kann es nicht weitergehen; alle Beteiligten sollen sich gefälligst zum Wohle der Justiz im Landkanton am Riemen reissen.

Dabei konnte die Kernfrage gestern einmal mehr nur andiskutiert werden, die Bewältigung dieses dicken Brockens kommt erst noch mit der Revision des kantonalen Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung: Sollen Baselbieter Gerichtspräsidenten auch künftig noch der Aufsichtskommission angehören, wie dies jetzt mit dem Kantonsgerichts-Vizepräsidenten Enrico Rosa und dem Zivilkreisgerichtspräsidenten Beat Lanz der Fall ist? Nach Jahren der rückwärts gerichteten Grundsatzdiskussionen sei mit der demnächst anstehenden Revision immerhin eine zukunftsfruchtige Lösung in Sicht, stellt die Birsfelder EVP-Landrätin Sara Fritz erleichtert fest.

### Harte Kritik an der Stawa

Auf welche Seite die Mehrheit des Landrats bei der Gesetzesrevision kippen wird, lässt sich auch nach der gestrigen Diskussion nicht sagen. Als vehementester Verteidiger der Fachkommission erweist sich einmal mehr der Birsfelder Grüne-Unabhängige Jürg Wiedemann, der vor irgendeiner Schwächung oder Änderung in ihrer Zusammensetzung warnt. Lehrer Wiedemanns politisches Steckenpferd ist eigentlich der Kampf mit der «Starken Schule Baselstätt». Im «Nebenamt» ist er aber auch schon mehrfach im Parlament und in den Meinungsspalten mit seiner ausgesprochen



Neben Kritik erntet die Erste Staatsanwältin Angela Weirich im Landrat auch viel Unterstützung.

BZ-ARCHIV

## LANDRAT

kritischen Haltung gegenüber der Staatsanwaltschaft aufgefallen.

Selbstredend sieht Wiedemann dringenden Handlungsbedarf ausschliesslich bei der Strafverfolgungsbehörde; diese müsse schlicht akzeptieren, dass die beaufsichtigende Fachkommission einen vertieften Einblick in all ihre Bereiche nehmen darf. Zur erfolgreichen Kontrolltätigkeit sei der Einsatz von Baselbieter Richtern entscheidend, denn nur diese würden sich so genau in den Falldossiers auskennen. Überhaupt: Sollte jemals zwischen der Staatsanwaltschaft und ihrer Aufsicht eine allzu grosse Harmonie herrschen, wäre dies viel eher verdächtig als zielführend.

Um zu belegen, dass es eben kein rein persönlicher Konflikt zwischen Kantonsrichter Rosa und der Ersten Staatsanwältin Angela Weirich sei, führt Wiedemann die Demission von Rosas Vorgänger Adrian Jent an. Dieser habe schon 2013 wegen der Obstruktion durch die Staatsanwaltschaft den Bettel hingeschmissen. «Jetzt möchte ich verhindern, dass auch diese Fachkommission das Handtuch wirft.»

Wiedemanns Sicht teilen die ehemalige Bundespolizistin Jacqueline Wunderer (SVP, Röschenz), aber auch SVP-Kantonalpräsident Oskar Kämpfer (Therwil): Bei einer Behörde, bei der seit Jahren ein Viertel

aller Beschwerden gutgeheissen werde, «läuft etwas ganz schlecht». Die starke Aufsicht darum bitter nötig.

### Viel Lob für die Stawa

Da ist es für den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission Hanspeter Weibel (SVP, Böttingen) «etwas verwirrend», dass er seinem eigenen Parteipräsidenten widersprechen muss: Die GPK hat schon früh festgehalten, dass die jetzige Besetzung mit den Gerichtspräsidenten eine regulatorische Fehlkonstruktion sei. Einmal mehr bemüht Weibel das Wort von den Mitspielern, die in der Aufsichtskommission zu Assistenz-Schiedsrichtern mutieren. Regula Meschberger (SP, Birsfelden) stimmt zu und ergänzt, dass die Stawa «ganz hervorragende Arbeit leistet».

Justizkommissionspräsident Andreas Dürr (FDP, Biel-Benken), der von allen Seiten für die Beratung und Stellungnahme zum Fachbericht mit Lob überschüttet wird, erntet für seine launige Einführung und den Vergleich mit einem Krimi die Lacher des Landrat-Tages. Ob aber tatsächlich gesetzgeberische Änderungen in diesem Konflikt etwas bringen werden, solange «es menschlich so zugeht», lässt Dürr zum jetzigen Zeitpunkt bewusst offen.

## ◆ Aufsteller

### Harte Töne für alte Ohren

Was für eine Hiobsbotschaft! Landratspräsident Philipp Schoch konnte seine Enttäuschung kaum verbergen, als er verkündete, dass der vorgesehene Landrats-Konzertabend abgesagt werden musste. Die Band habe sich leider im September aufgelöst. Ihr Name: Graveyard. Der Musikstil: Metal. Offen ist, wie viele Landräte sich den «Landratskultur»-Termin überhaupt rot angestrichen hatten. Doch für alle Enttäuschten konnte Schoch Entwarnung geben: Das Prattler Z7 werde demnächst ein anderes Konzert vorschlagen. Dann wird hoffentlich wirklich Metal gespielt, denn wie eine kurze Recherche zeigt, hätte die schwedische Band Graveyard kaum mehr als zahmen Hardrock geliefert.

## ◆ Ablöcher

### Däni, heb d'Schnuure

Daniel Wittlin ist ein typischer Schnuuri. Der Macher von «Sags em Däni» auf Regio TV Plus ist überall anzutreffen, wo etwas läuft. Ob bei der Eröffnung der Farnsburger Brauerei in Sissach, der Schlagerfete im Basler Union oder an der Aescher Gewerbeausstellung, Däni hält das Mikro hin. Gestern im Landrat hätte er es allerdings besser sein lassen. Durch eine technische Panne wurde er aus dem Vorzimmer plötzlich über die Landrats-Lautsprecher übertragen - und das mitten während der Debatte über die Umsetzung der Palliative-Care-Strategie, also der Begleitung von Schwerstkranken ohne Hoffnung auf Heilung.

## AUS DEM LANDRAT

### RÜCKTRITT

#### Landrat Jürg Degen hört Ende November auf



«Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an», sang Udo Jürgens einst. Das sagt sich auch der Itinger Jürg Degen und tritt per Ende November aus dem Landrat zurück. Im Rücktrittsschreiben gab der SPl'er an, nun Jüngeren Platz machen zu wollen. Gegenüber der bz präzisiert er: «Nach meinem Landratspräsidium 2013 war bei mir irgendwie nicht mehr dasselbe Feuer da.» 13½ Jahre sass Degen im Kantonsparlament, wegen der Amtszeitbeschränkung hätte er sowieso 2019 aufhören müssen. Er bestätigt, dass die erste Nachrückende im Wahlkreis Sissach, Sandra Strüby, seinen Platz einnimmt. Die Bucklerin bekleidete bisher noch kein politisches Amt, ist aber unter anderem im Vorstand des Vereins Erlebnisraum Tafeljura aktiv. (MN)

### SCHWIMMUNTERRICHT

#### Landrat lehnt Ausnahme für Sek Binningen ab

700 Personen unterschrieben die Petition «Schwimmunterricht an der Sekundarschule Binningen-Böttingen», die fordert, dass der Schwimmunterricht auf der Sekstufe I weitergeführt wird. Dies, weil der Kanton den Mietvertrag mit der Gemeinde gekündigt hat. Mit deutlichem Mehr lehnt der Landrat die Petition nun aber ab. Dies aus Gründen der Gleichbehandlung, da die Sek Binningen die einzige war, die für ihr Hallenbad Geld vom Kanton erhielt. Wollte die Gemeinde weiter Schwimmunterricht anbieten, müsste sie es wie üblich über das eigene Schulbudget finanzieren. (BZ)

## Dreiland

### Geld für trinationale Zusammenarbeit

Der Landrat hat gestern mehrere Verpflichtungskredite für interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit verabschiedet. Als grösster Beitrag wurden Ausgaben an den Verein AggloBasel von maximal 1,92 Millionen Franken bewilligt. Das trinationale Agglomerationsprogramm entwickelt Massnahmen in den Bereichen Siedlung und Verkehr in der Region Basel. Ein Beispiel ist die grenzüberschreitende Verlängerung der Tramlinie 3 von Basel ins französische Saint-Louis. Mit dem vom Landrat für die Jahre 2016 bis 2019 verabschiedeten Mitgliederbeiträgen sollen auch Bundesmittel für Projekte gesichert werden, wie es in der Landratsvorlage heisst. Für die Weiterführung der interkantonalen Koordination der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein in den Jahren 2017 bis 2018 sprach das Parlament zudem 539 720 Franken. Dies entspricht einer Kürzung von jährlich rund 20 Prozent. Verbunden ist damit ein Leistungsabbau etwa bei Themen der europäischen Zusammenarbeit und in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Administration. Maximal 224 945 Franken gehen in den Jahren 2017 bis 2019 ausserdem an den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB), 194 235 Franken sprach der Landrat für die Informations- und Beratungsstelle Infobest Palmrain. (SDA)

## Schwangerschafts- und Beziehungsfragen

### Subvention an Beratungsstelle wird erst bis in vier Jahren überprüft

Der Landrat hat gestern einer Kürzung der Laufzeit des Leistungsauftrags von vier auf zwei Jahre bei entsprechender Halbierung der Subventionen für die Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen im Kanton Baselstätt abgelehnt. Der Leistungsauftrag der Institution soll dennoch überprüft werden. Die Verkürzung der Laufzeit und die Senkung des Verpflichtungskredits auf 449 000 Franken war von der vorberatenden Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) - wenn auch nur mit einer Stimme Unterschied - vorgeschlagen worden. Diese wollte die Notwendigkeit und die Aufgaben der Beratungsstellen in Liestal und Binningen bereits bis in zwei Jahren überprüfen lassen.

Der Landrat stimmte nun indes knapp mit 40 gegen 38 Stimmen Anträgen der SP- und Grüne/EVP-Fraktionen zu, die eine Rückkehr zur Regierungsvorlage verlangten. Die Regierung hatte für die Beratungsstellen für die Jahre 2017 bis 2020 einen Beitrag von insgesamt 895 000 Franken beantragt. SVP und FDP waren für die Kürzung, alle anderen Fraktionen dagegen. Den Ausschlag gaben einige Absenzen mehr in der rechten Ratshälfte. Die Befürworter des Antrags sprachen von einer wertvollen Institution, die wichtig für junge Frauen sei. Die Stelle erfülle ihre Aufgabe zudem gemäss Vor-

gaben des Bundesgesetzes. Nur zwei Jahre für Überarbeitung und Neuverhandlungen des Leistungsauftrags seien zu kurz. Die Gegner merkten indes an, dass zu prüfen sei, ob im Internetzeitalter der heutige Aufwand noch notwendig ist. Zudem sei der jetzige Leistungsauftrag schon über 30 Jahre alt. Es sei wichtig zu eruieren, ob die Beratungen günstiger angeboten werden könnten.

### Evaluation bis in vier Jahren

Überprüft werden muss die Arbeit der Beratungsstellen dennoch: Der Landrat stimmte mit 56 gegen 20 Stimmen einem Antrag der Grünen/EVP zu, die Arbeit und den Leistungsauftrag innerhalb der nächsten vier Jahren zu analysieren. Pro Jahr führen die beiden Beraterinnen mit insgesamt 145 Stellenprozenten im Schnitt 635 Beratungen durch, erstellen rund 260 Dossiers, führen über 1400 Telefongespräche und beantworten ebenso viele E-Mails. Dazu kommen 30 bis 50 Präventionsprojekte und Weiterbildungen in Schulen oder Anlässe für Migrantinnen. Die Schwangerschaftsberatungen sind kostenlos. Dagegen fallen für Beratungen in Beziehungsfragen oder Präventionsprojekte Gebühren an. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die beiden Beraterinnen mit ihren Dienstleistungen knapp 33 000 Franken selbst. (SDA/BZ)

## Kantonsgerichtspräsidium

### Rotation soll Amt entpolitisieren

Der Baselbieter Landrat ist für ein Rotationsprinzip bei Präsidium und Vizepräsidium des Kantonsgerichts. Er hat gestern einen Vorstoss für eine entsprechende Gesetzesänderung mit 43 gegen 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen überwiesen. Konkret schlägt die Motion der Geschäftsleitung des Landrats vor, dass das Präsidium und das Vizepräsidium nach einem Rotationsprinzip aus dem Kreis jener Abteilungspräsidien gewählt werden, die in der Geschäftsleitung der Gerichte Einsitz haben. Die Wahl soll durch den Landrat erfolgen.

Die Geschäftsleitung reagierte mit ihrem Vorschlag auf Unsicherheiten bei vergangenen Gerichtswahlen. Bis kurz vor den Wahlen habe Zweifel an der Wählbarkeit einzelner Kandidierenden bestanden. Gesetz und Dekret zur Gerichtsorganisation würden erhebliche Mängel im Bezug auf die Wahlvoraussetzungen aufweisen.

Mit dem Rotationsprinzip soll die Wahl gemäss Geschäftsleitung auch «entpolitisiert» werden. Eine Gesetzesänderung soll bis zur nächsten Gerichts-Gesamterneuerungswahl Ende 2017 verabschiedet sein. Gegen die Überweisung der Motion sprachen sich im Parlament die SVP-Fraktion und vereinzelte Parlamentarier anderer Fraktionen aus. (SDA)